
3827/J XXVIII. GP

Eingelangt am 23.10.2025

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

der Abgeordneten Mag. Katayun Pracher-Hilander
an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz
betreffend **Verbraucherschutz bei Online-Partnervermittlung und Dating-Plattformen**

Die Nutzung von Online-Partnervermittlungen und Dating-Plattformen hat in Österreich in den letzten Jahren deutlich zugenommen und ist zu einem festen Bestandteil des digitalen Alltags geworden. Gleichzeitig mehren sich verbraucherrechtliche Problemfelder, etwa in Bezug auf unklare Vertragsbedingungen, versteckte Kosten, automatisch verlängernde Abonnements und erschwerte Kündigungen.

Diese Entwicklungen werfen Fragen nach Transparenz, Fairness und Wirksamkeit bestehender Kontrollmechanismen auf. Europäische und internationale Empfehlungen betonen die Bedeutung klarer und durchsetzbarer Regelungen zum Schutz der Verbraucher im digitalen Raum.

Trotz bestehender gesetzlicher Rahmenbedingungen zeigen sich in der Praxis weiterhin Defizite bei Information, Transparenz und Durchsetzung von Verbraucherrechten. Diese Unsicherheiten betreffen sowohl die Nutzer als auch die Kontrolle der Anbieter.

In diesem Zusammenhang richtet die unterfertigte Abgeordnete an die Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. Welche Maßnahmen werden derzeit von Ihrem Ressort ergriffen, um Nutzer von Online-Partnervermittlungen vor versteckten Kosten, unklaren Vertragsbedingungen oder automatisch verlängernden Abonnements zu schützen?
 - a. Wie werden diese Maßnahmen überwacht und evaluiert?
2. Welche Informationen liegen Ihrem Ressort über Beschwerden im Zusammenhang mit Online-Partnervermittlungen vor und aus welchen Quellen (z.B. Konsumentenschutzstellen, VKI, Arbeiterkammer) stammen diese Daten?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

- a. Inwieweit werden diese Beschwerdeinformationen für verbraucherpolitische Maßnahmen oder Aufklärungsinitiativen herangezogen?
 - b. Welche Art von Beschwerden und Anzeigen liegen vor?
 - i. Wie stellt sich dabei die Verteilung zwischen inländischen und ausländischen Verbrauchern dar?
3. Werden durch Ihr Ressort Maßnahmen gesetzt, um Verbraucher sowohl rechtlich, durch Vorgaben zu Informationspflichten für Anbieter, als auch präventiv, durch Aufklärung oder Informationskampagnen über Kosten, Vertragslaufzeiten, Kündigungsfristen und mögliche Risiken, einschließlich betrügerischer Anbieter oder irreführender Geschäftspraktiken im Bereich der Online-Partnervermittlungen zu informieren?
 - a. Wenn ja, wie wird die Wirksamkeit dieser Maßnahmen überprüft?
4. Bestehen seitens Ihres Ressorts Kooperationen mit Konsumentenschutzorganisationen, um die Prävention und Aufklärung im Bereich der Online-Partnervermittlung zu stärken?
 - a. Wenn ja, welche konkreten Projekte werden derzeit umgesetzt?
 - b. Wenn nein, sind neue Kooperationen oder Initiativen geplant?